

Die Trennung von Religion und Staat

Da der Politikbegriff sehr umfassend ist und Politik für das Allgemeinwesen eine ethische Voraussetzung bildet, wird im Konkreten die Trennung von Religion als persönliche Glaubenshaltung (arab. Din) und Politik als Steuerungsprozess mittels religiöser Gesetze gefordert. Ohnehin bindet die säkulare österreichische Rechtsordnung die diversen Glaubens- und Bekenntnisgemeinschaften in Form des Kooperationsystems in die Politik ein. In Bezug auf den Islam soll einerseits erkannt werden, dass es keine politische Theorie im Qur'an gibt, wo etwa ein islamisches Staatsmodell, ein Prozedere zur Staatsführung oder eine Begriffsdefinition von Staatsbürger beschrieben wird. Andererseits soll erkannt werden, dass Prophet Muhammad als Religionsstifter auch ein Mensch war, der gerade in dieser Funktion politische Entscheidungen zu treffen hatte:

„Nun (was dich angeht, o Muhammad,) Wir haben dich nicht anders als zur Menschheit insgesamt gesandt, ein Verkünder froher Kunde und ein Warner zu sein; aber die meisten Leute verstehen (dies) nicht.“ (Qur'an 34:28)

Aus den Imamekonferenzen:

Die Vereinbarkeit einer demokratischen Ordnung mit dem Islam wurde wiederholt durch offizielle muslimische Erklärungen unterstrichen. Die Identifikation mit dem Staat ist dann naturgemäß besonders hoch, wenn eine größtmögliche Deckungsgleichheit mit persönlichen Wertvorstellungen damit einhergeht. Somit ist das Modell des Anerkennungsstatus für den Islam, wie es in Österreich besteht, besonders geeignet, weil es über die emotionale Ebene der Zugehörigkeit einen institutionalisierten Dialog mit sich bringt. Dadurch können Sachfragen im Lande geklärt werden, ohne dass man auf ausländische Gutachten zurückgreifen muss.

Die 7. und 8. Berliner These:

„Wir sind für die Trennung von Religion und Politik [im Sinne des politischen Strebens zur Umsetzung einer islamischen Rechtsordnung]. Nur dadurch kann sich eine Diskurskultur manifestieren, die das demokratische Bewusstsein stärkt und zugleich die Religion vor Missbrauch durch die Politik schützt.“

„Menschenverachtende Islamverständnisse – wie bspw. der Salafismus – sind mit der Werteordnung einer säkularisierten Gesellschaft nicht vereinbar.“